

Nachlese

Echt. Stark. Oberfranken! Eine Jury bei der Regierung von Oberfranken hat sich am Freitag auf diesen neuen Leitspruch für die Region geeinigt. Er soll künftig bei Besuchern das Interesse an der Region wecken, sie von Oberfranken überzeugen. Das Besondere dabei: Sie, die Leserinnen und Leser der *Frankenpost*, haben geholfen, dieses Leitmotiv zu finden. Unsere Aktion, zusammen mit drei weiteren oberfränkischen Tageszeitungen, hat gezeigt, wie



Von Maximilian Bust

sehr die Menschen mit ihrer Region Oberfranken verwachsen sind. Viele Hundert Zuschriften haben die Redaktionen erreicht, geprägt von Witz, Kreativität, Hintersinn und offenkundiger Liebe zu dieser Landschaft und ihren Bewohnern. Dafür danken wir allen, die mitgemacht haben und können bestätigen: Echt. Stark. Oberfranken!

Der Volksentscheid zum Nicht-Raucherschutz hat bewiesen: Die Bürger wissen, was sie wollen. Sie machen mit und interessieren sich. Dies hat wohl auch die bayerische Staatsregierung begriffen. Familienministerin Christine Haderthauer und ihr Chef Horst Seehofer haben jetzt in Bayreuth kundgetan, wie sie die bayerische Familienpolitik auf Vordermann bringen wollen: Sie fragen diejenigen, die es angeht. Die Familien. Und begleitend dazu Verbände, Kirchen, Gewerkschaften, Arbeitgeber. Also irgendwie alle, deren tägliches Geschäft Familienfragen sind. Das ist ja richtig revolutionär, möchte man erstaunt ausrufen. Sollten die Regierenden denn wirklich erkannt haben, dass die Regierten nicht nur Steuerzahler und Stimmvieh sind?

Bayern scheint neue Wege beschreiben zu wollen – anders kann man die Worte Seehofers kaum verstehen: Die Kommunen und Landkreise sollen Jugendparlamente einrichten, denn „dort, wo man lebt, sollte man auch die Bedingungen mitgestalten können“. Das grenzt ja an einen Aufruf zur Basisdemokratie. Ob die CSU auf ihre alten Tage die Zeichen der Zeit erkannt hat, dass die Lebenserfahrung der Menschen und ihre Gestaltungskraft nicht immer in Parzellierung mündet, aber als Element zeitgemäßer Politik genutzt gehört? Schön wär's.

Nichts anders als bisher macht die Münchner Landespolitik aber im Falle des Europäischen Verwaltungscampus. Die Grünen – basisdemokratische Vorreiter – hatten vergangene Woche diesen Vorschlag im Form eines Antrages in das Parlament eingebracht. Ziel war es, die Ausbildung der bayerischen Beamten von bislang sechs auf dann einen Standort in Hof zu konzentrieren. Zudem sollten europäisierte Studiengänge den Hochschulstandort Hof deutlich aufwerten. Erwartungsgemäß lehnte die Mehrheit der Parlamentarier den Antrag ab. Zu teuer, zu kompliziert sei das Verfahren. Außerdem wolle man nicht andere Regionen – München, Starnberger Seeschwächen. Der ländliche Raum in Nordbayern hätte sich über diese Hochschule gefreut und die erwarteten 2000 Studenten gerne aufgenommen. Dann hätten sie hautnah erleben können, was Echt. Stark. Oberfranken! heißt: Gastfreundschaft, Sicherheit, bezahlbares Leben – sich wohlfühlen.

In Kaltenberg sind die Artus-Ritter los

Geltendorf – In Geltendorf bei München ist am Freitag das 31. Kaltenberger Ritterturnier gestartet. Der Auftakt war zunächst mit dem großen mittelalterlichen Markt, ehe am Abend Geschäftsführer Luitpold von Bayern vor rund 12.000 Zuschauern das Turnier offiziell eröffnete. Heuer gab es den ersten Teil einer groß angelegten „Artus-Trilogie“ zu sehen. Im Mittelpunkt stand dabei die Liebesgeschichte des Ritters Lancelot



Das Mittelalterspektakel gilt als größtes Ritterturnier der Welt. Foto: dpa

und Königin Guinevere. In der Rolle des Zauberers Merlin führt der Radio- und Fernseh-Moderator Roman Roll durch den Abend.

Erstmals wird nach Veranstalterangaben die Turniergegeschichte mit dem Markt- und Lagerleben verbunden. Daher residierten die Helden des Turniers im Volk, hieß es: Die aus sieben europäischen Ländern rekrutierten Ritter würden in mehreren Lagern auf dem Gelände in Kaltenberg ihr Quartier nehmen.

Auf dem Marktgelände sind den Angaben zufolge insgesamt rund 1000 Künstler, Gaukler und Mitglieder von Spielmannszügen zu erleben, die rund um das Schloss Kaltenberg die Atmosphäre des Mittelalters aufleben lassen sollen. Das Turnier endet am 25. Juli. Das Mittelalterspektakel gilt als größtes Ritterfest der Welt und lockte im Laufe der Jahre insgesamt etwa 2,4 Millionen Menschen an.

3:0 für Mutti

Vor dem heutigen kleinen Finale können wir schon einmal eine Bilanz zur Fußball-WM ziehen. Und die Bilanz fällt, mit Verlaub, verheerend aus: Bislang brave Kinder haben sich samt ihren Vuvuzelas während der vergangenen Wochen in veritable Nervensägen verwandelt, das ständige Getröte während der Spiele hat sich in unseren Gehörgängen festgesetzt (Vuvuzela-Tinnitus), und unsere Träume in schwülwarmen Nächten drehen sich fortwährend um ein hemmungsloses Romeo-und-Julia-Paar namens Katrin Müller-Hohenstein und Oliver Kahn, mit der Stimme von Jürgen Klinsmann aus dem Off, die das Ganze kommentiert („der Olli muss mehr nach hinten arbeiten“). Schlimmer noch ist jedoch die Tatsache, dass innerhalb der Familie die Fußball-

autorität des Vaters untergraben ist. So hatte er auf Sieg für England getippt, wogegen Mutti frohgumt flötete: „Ach, die schlagen wir locker.“ Nach dem Spiel (zur Erinnerung: 4:1 für Deutschland) stellten die Kinder fest: „1:0 für Mutti.“ Ähnlich verhielt es sich mit der Partie gegen Argentinien. Kommentar der Kinder nach dem Spiel: „2:0 für Mutti.“ Gegen Spanien endlich wollte Vati den Spieß umdrehen, „die packen wir schon, die Iberer“, während seine

Gattin, aus welchen Gründen auch immer, zurückhaltender war. Mit Recht: 3:0 für Mutti. Am Sonntag aber, nach dem Finale, ist es geschafft: Dann gucken wir Experten wieder ohne weibliches Störfeuer Fußball. Denn, siehe: Es gibt auch ein Leben nach der WM, und es kann durchaus süß sein.

Die Fußnote



von Richard Ryba

Ein Mann mit Visionen

Der Wirtschaftsethiker Wolfgang Kessler hat beim „Sozialpolitischen Gespräch“ in Bad Alexandersbad sein Modell für eine gerechtere Gesellschaft vorgestellt. Am Ende des Umbaus steht das maßgeschneiderte Grundeinkommen.

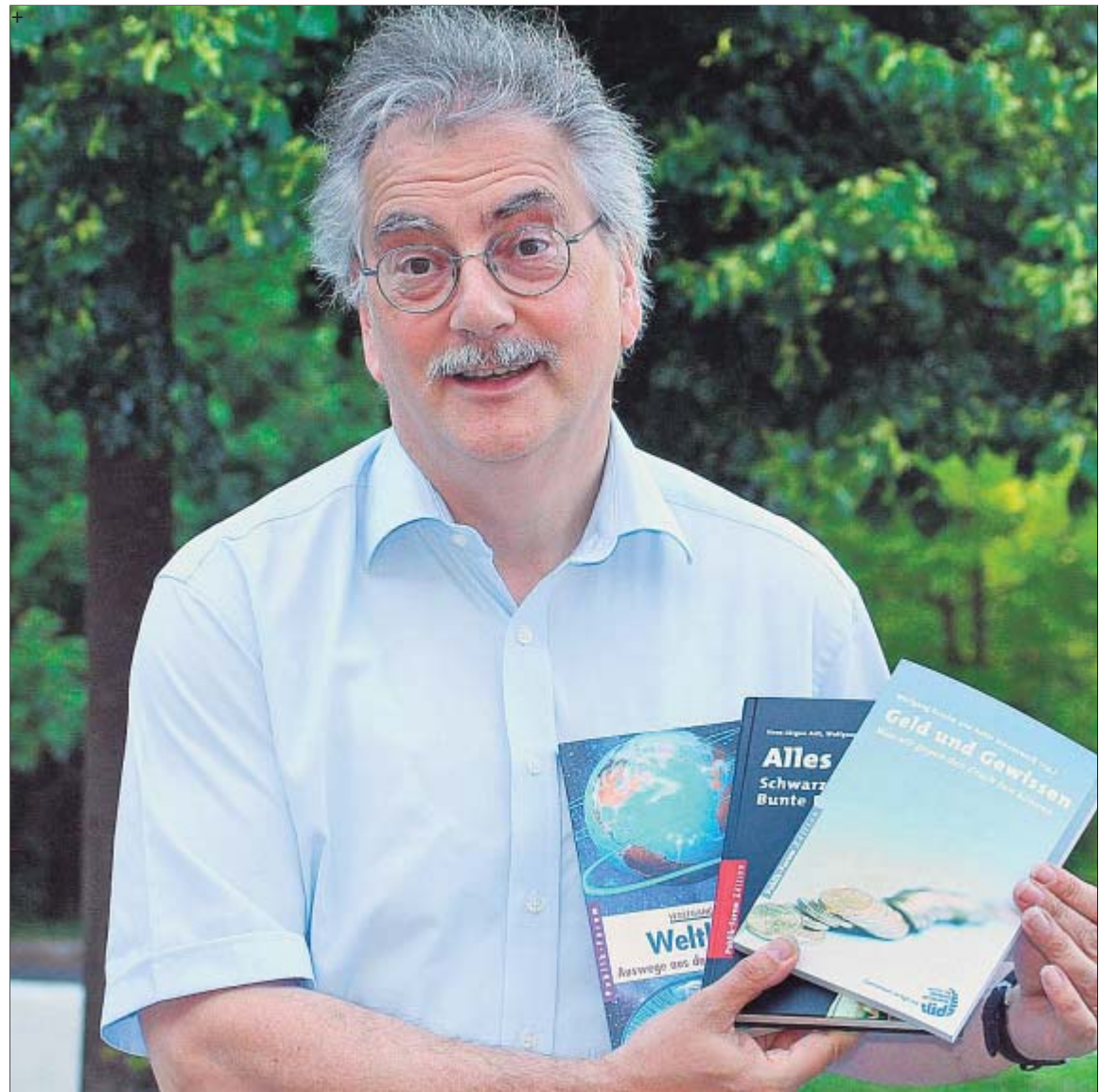
Von Andrea Herdegen

Bad Alexandersbad – Leidenschaftlich und mit viel Idealismus trägt Dr. Wolfgang Kessler seine Thesen vor, seine Wunschvorstellung führt Schritt für Schritt zu einem maßgeschneiderten Grundeinkommen für alle Bürger – Armut entfällt, die Arbeits- und Lebensbedingungen werden grundlegend verbessert. Dieser Mann hat eine Vision: von mehr Gerechtigkeit in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft, von notwendiger Ökologie, die dem Wachstum Grenzen setzt, von einer solidarischen Bürgerschaft, die sich für andere engagiert.

Dieses Idealbild untermauert der Chefredakteur der christlichen Zeitschrift *Publik-Forum* mit zahlreichen Beispielen und Fakten. Und trotzdem fragen sich wohl mehrere Zuhörer beim „Sozialpolitischen Gespräch“ im Evangelischen Bildungs- und Tagungszentrum in Bad Alexandersbad: Wie soll sich diese Vision durchsetzen? Wie können die tausend Hürden, die sich dieser Idee in den Weg stellen, überwunden werden?

Kessler bedauert zu Beginn, dass die Politik aus der Finanzkrise nichts gelernt habe. „Sie geht zur Tagesordnung über und wartet auf den Aufschwung: Mehr kaufen, mehr produzieren, mehr Wachstum – und alles wird gut“, meint er sarkastisch und betont: „Das wird es nicht.“ Der 57-Jährige sieht in der Wirtschaftskrise eine Zeitenwende. „Das Wachstumsmodell funktioniert seit Jahren nicht mehr, daher droht diese Gesellschaft schleichen zu zerbrechen.“ Die Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern werde immer tiefer. „Ein Viertel der Deutschen ist von Armut bedroht, darunter fast drei Millionen Kinder.“ 13 Millionen Menschen würden in prekären Verhältnissen leben – und dies nicht nur materiell. „Sie haben das Gefühl, in dieser Gesellschaft nicht gebraucht zu werden“, bedauert Kessler.

Der Wirtschaftsethiker wünscht sich als ersten Schritt des Umbaus gezielte Investitionen in die Zukunft. „Dafür braucht es den Mut, Steuern auf bessere Einkommen, Vermögen



Ein engagierter Vordenker: Der Journalist und Buchautor Wolfgang Kessler sorgte mit seinem Modell für eine gerechtere Gesellschaft für ein spannendes „Sozialpolitisches Gespräch“ im Evangelischen Bildungs- und Tagungszentrum in Bad Alexandersbad. Foto: Herdegen

und Luxuskonsum zu erhöhen oder neu einzuführen.“ Dann könne in Forschung und Entwicklung, in den ökologischen Umbau und besonders in die Bildung investiert werden.

Die Sozialpolitik müsse die Menschen in den wichtigsten Lebensbereichen absichern. „Ringen wir uns also zu einer unbürokratischen Grundsicherung für alle sozial Benachteiligten durch.“ Der Vordenker wünscht sich, dass die Politik die gesetzliche Rentenversicherung stärkt und eine Mindestrente einführt. „Dann sind alle Menschen im Alter besser und gerechter abgesichert als heute.“

Flexible Beschäftigung

Weiter vermisst er eine solidarische Krankenversicherung, in die alle einbezahlen, was den Kassenbeitrag halbieren würde. „Das alles wären wichtige Schritte gegen Armut.“ Der Journalist macht sich für flexiblere, auf den Menschen zugeschnittene Beschäftigungs-Formen stark, um die Arbeitslosigkeit abzubauen. „Das könnte der Staat fördern, wie er

derzeit die Kurzarbeit fördert. Statt Arbeitslosigkeit würde dann Beschäftigung subventioniert.“

Wolfgang Kessler fordert einen neuen Umgang mit Geld. Finanzkrisen ließen sich nur verhindern, wenn strenge Eigenkapital-Vorschriften, aber auch Verbote bestimmter Spekulationen durchgesetzt würden. „Es gilt, Geschäfte einzudämmen, bei denen nur aus Geld mehr Geld gemacht wird – ohne reale Wertschöpfung.“ Das Finanzsystem müsse gesundgeschrumpft werden, „bevor es die Welt weiter krank spekuliert.“

Am Ende des Umbaus sieht er das maßgeschneiderte Grundeinkommen. Die meisten Sozialleistungen – von Hartz IV bis Elterngeld – würden abgeschafft, das Steuersystem werde von Sonderregelungen befreit, die meisten Freibeträge entfallen. „Dafür erhalten Bürger, die ihren Lebensmittelpunkt seit vielen Jahren in Deutschland haben, vom Finanzamt einen Anspruch auf ein Grundeinkommen.“ Der Chefredakteur nennt als Beispiel 800 Euro, für Kinder 350

Euro pro Monat. Wer kein Erwerb-, Gewinn- oder Vermögenseinkommen habe, erhalte diese Grundsumme. Wer Einkommen erziele, müsse dies versteuern. „Für jene ohne Erwerb bedeutet das eine Grundsicherung.“ Kleine Einkommen würden damit aufgestockt, bei höheren Einkommen wirke es wie ein Freibetrag, erläutert der Wirtschaftswissenschaftler.

Mut zur Veränderung

„Und niemand soll sagen, das Ganze wäre nicht finanzierbar.“ Kessler weist darauf hin, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung ein ähnliches Modell durchgerechnet habe. „Sie kam zu dem Ergebnis, dass es machbar ist, wenn die Gesellschaft den Mut hat, teure Steuervorteile und Subventionen zu streichen und das Geld mit den gebündelten Sozialleistungen in eine Vision einer neuen Arbeitsgesellschaft zu investieren.“ Das Grundeinkommen versöhne eine Gesellschaft, die heute immer weiter gespalten werde. „Es ist eine neue Form der Demokratie.“

„Das Urteil ist auch eine Warnung“

Die Entscheidung des Bundesgerichtshof (BGH) zur Sterbehilfe ist bei der Hospizstiftung auf Kritik gestoßen. Der Hofer Palliativmediziner Dr. Hermann von Hoesslin erklärt, was dahinter steckt.

Herr Dr. von Hoesslin, wie beurteilen Sie die Entscheidung zur Sterbehilfe des BGH? Demnach darf die Behandlung eines unheilbar Kranken abgebrochen werden, wenn er sich zuvor in diesem Sinne geäußert hat.

Das BGH-Urteil hat die Patientenrechte weiter gestärkt. Es betont noch einmal – wie es auch im Gesetz zur Patientenverfügung von 2009 geregelt ist – dass passive Sterbehilfe in Deutschland möglich ist. Ich begrüße diese höchstrichterliche Beurteilung. Demnach dürfen keine Behandlungen oder Maßnahmen durchgeführt oder aufrechterhalten werden ohne die Einwilligung des Patienten oder Betreuers. Zumindest müsste es der mutmaßliche Wille des Patienten sein. Die Missachtung dieses Patientenwillens wäre Körperverletzung.

Die Hospizstiftung hat kritisiert, dass

das Gericht keine „klarerer Kriterien“ zur Ermittlung des mutmaßlichen Patientenwillens formuliert hat. Ohne diese Kriterien blieben Behandlungsfragen der Willkür von Ärzten und Angehörigen überlassen. Stimmt das?

Die Kritik der Hospizstiftung ist insofern gerechtfertigt, als bei diesem ganz speziellen Fall der mutmaßliche Wille der Patientin nicht zweifelsfrei feststand. Zuerst war nämlich der

konkreten Situationen gesprochen wurde. Hier setzt die Kritik der Hospizstiftung an, sie fordert härtere Kriterien. Gerade an diesem Beispiel zeigt sich die Notwendigkeit einer Patientenverfügung.

Sind Ihnen ähnliche Fälle aus Ihrer Tätigkeit bekannt?

Ja. Ich habe eine Patientin betreut, die verfügt hatte, dass sie ab dem Zeitpunkt, wo sie nicht mehr selbstständig atmen kann, auch keine künstliche Ernährung durch eine Magensonde mehr will. Der Wille dieser Patientin wurde umgesetzt.

Welche Rolle spielen die Angehörigen bei sterbenskranken Patienten?

Angehörige sind sehr wichtig, besonders, wenn die Patienten ihren Willen nicht mehr äußern können, zum Beispiel im Hinblick auf künstliche Beatmung oder Ernährung. Deshalb empfiehlt es sich immer, vertraute Angehörige als Betreuer zu bestimmen und ihnen in Verbindung mit einer Patientenverfügung eine Vorsorgevollmacht zu erteilen.

Wie hätten Sie gehandelt im Fall der Wachkoma-Patientin?

Wachkoma-Patienten gelten definitionsgemäß nicht als Sterbende. Es gab auch keine Patientenverfügung. Deshalb wäre es meine Pflicht gewe-

sen, den mutmaßlichen Patientenwillen möglichst zweifelsfrei herauszufinden. Wenn ich zu der Überzeugung gelangt wäre, die Patientin will keine künstliche Ernährung – und nur dann – hätte ich keine Probleme gehabt, diese Ernährung zu beenden.

Nach Aussagen von Jörg-Dietrich Hoppe, dem Präsidenten der Bundesärztekammer, haben Ärzte durch das Urteil eine bessere Rechtssicherheit. Sie müssten nun nicht mehr mit Ermittlungsverfahren rechnen, wenn sie Behandlungen abbrechen...

Das mussten sie auch vorher nicht. Denn passive Sterbehilfe ist insbesondere bei Kenntnis eines diesbezüglichen Patientenwillens nicht strafbar. Das Urteil stärkt aber ausdrücklich den Ärzten den Rücken, die den Patientenwillen umsetzen wollen. Und es ist gleichzeitig eine Warnung für diejenigen, die meinen, sie könnten einen Patientenwillen einfach ignorieren.

Das Gespräch führte Beate Franz

Zur Person

Dr. Hermann von Hoesslin ist Facharzt für Anästhesiologie mit Zusatzbildung für Palliativmedizin, spezielle Schmerztherapie und Notfallmedizin. Der 49-Jährige praktiziert in Hof.

Interview



Dr. Hermann von Hoesslin, Palliativmediziner in Hof. Foto: fz

Ehemann als Betreuer der Wachkoma-Patientin festgelegt, die jahrelang mit einer Magensonde ernährt wurde. Nach seinem Tod ging die Betreuung auf die Tochter über. Diese hatte sich auf ein Gespräch mit der Mutter aus dem Jahr 2002 berufen, in dem aber angeblich über keine